



Delligsen, den 20. Februar 2011

Pressemitteilung

Gedankenaustausch mit Parlamentariern der CDU - Landtagsfraktion in Hannover

Am 16. Februar 2011 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiativen aus Bad Gandersheim, Kreiensen, Delligsen und Lamspringe zu einem einstündigen Gedankenaustausch mit vier CDU-Landtags-Abgeordneten aus den agrar- und umweltpolitischen Ausschüssen.

Eingangs versicherten die Bürgerinitiativen, dass sie sich nicht als „Verhinderer“ oder „Blockierer“ verstehen, sondern, dass ihnen sehr daran gelegen ist, dass **Erneuerbare Energie** ohne Belastung für die Menschen und mit geringstmöglichem Eingriff in Natur und Landschaft ins Netz kommen kann. Mit der Verabschiedung der Novelle des Energieausbaubeschleunigungsgesetzes (EnLAG) sei es zwar in einem ersten Schritt gelungen, den Standard des niedersächsischen Erdkabelgesetzes auf das gesamte Bundesgebiet zu übertragen und die Planungsbehörde des Landes hat nun einen unmittelbaren Zugriff auf eine Teil-Erdverkabelung. Leider blieb es in der Substanz aber nur bei einem Austausch der Kann- in eine Muss-Regelung, wenn der Vorsorge-/Sicherheitsabstand zur Wohnbebauung nicht eingehalten wird.

Die CDU-Politiker zeigten sich überrascht, dass die Bürgerinitiativen nicht mit ihnen in gemeinsamen Jubel einstimmen konnten.

Im Gegenteil, die Bürgerinitiativen waren ganz anderer Meinung. Damit sei die Politik zwar ein Schritt in die richtige Richtung gegangen. Denn es gelte zu verhindern, dass der Netzbetreiber bei der Planung ausschließlich auf die Verlegung von Freileitungen setzt. In der Realität werden aber die Wohnbebauungsannäherungen so weit wie möglich vermieden, um möglichst wenig Erdkabel verlegen zu müssen. Dies gelingt dem Netzbetreiber jedoch trotz erheblicher Zick-Zack-Verlegung durch das Land nicht vollständig. Abgesehen von den zahlreichen Verletzungen der Landschaft und von geschützten Biotopen werden trotzdem etliche Wohnbebauungsannäherungen verletzt. Und offenbar ist nach EnLAG nur an diesen Stellen die Verlegung von Teil-Erdverkabelung möglich, macht höchstens 5 bis 10 % der Gesamtstrecke.

Eine größere Bürgerakzeptanz wird dadurch nicht erreicht. Auch ist eine höhere Effizienz bei der Energieübertragung so mit Sicherheit nicht zu erlangen. Weiter treten bei der vorgesehenen Wechselstrom-Teil-Erdverkabelung eine Reihe von Problemen auf, wie z.B. die ökologischen und agrarökonomischen Folgen eines 15 m breiten Magerbeton-Kabelbetts, die Erwärmung des Bodens über der Kabeltrasse, das stärkere Magnet-Wechselfeld direkt über dem Erdkabel oder die entstehenden Schneisen in der Landschaft, die bei den Landwirten gar nicht gut ankommen.

Mit einer Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) als „Vollverkabelung mit Augenmaß“ würden diese Probleme gar nicht erst entstehen. Die Technologie wird inzwischen erprobt, in Deutschland auf See mit 60 km Anbindung über Land sowie zwischen Frankreich und Spanien mit der sogenannten „Pyrenäen-Querung“ (Fa. Siemens). An der Pilotprojektstrecke „Wahle - Mecklar“ hätte die Industrie eine hervorragende Gelegenheit, diese Zukunftstechnologie in einer Mittelgebirgslandschaft weiter zu erproben. Bei weiteren Verlängerungen nach Norden und Süden bliebe es auch nicht bei einer relativ teuren Insellösung, sondern der Abschnitt könnte dann ein Teil des geplanten europäischen Overlay-netzes werden.

Die anwesenden Parlamentarier bestätigten zwar im wesentlichen die von den Bürgerinitiativen vorgebrachten Einwendungen, machten aber geltend, dass es bereits erheblicher Anstrengungen von Seiten des Ministerpräsidenten Mac Allister bedurft hätte, die süddeutschen Länder allein von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Für weitere Schritte sei die CDU-Landtagsfraktion bereits auf vielen Ebenen tätig gewesen. Vor allem die geplante öffentliche Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung des Niedersächsischen Landtages am 01.04.2011, zu der auch die Bürgerinitiativen eingeladen würden, trüge zu weiteren Erkenntnissen bei.

Die Bürgerinitiativen kündigten an, dass die seit 2007 immer wieder vorgebrachte Argumentation, doch bitte die Erdkabel zusammen mit dem sechsspurigen Autobahnausbau der A 7 zu kombinieren, ein Schwerpunkt ihres Beitrags bei der geplanten öffentlichen Anhörung sein würde. Jedoch befürchteten sie, dass diese Änderung für das Raumordnungsverfahren der geplanten Trasse „Wahle/Mecklar“ zu spät kommt, da es zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen sein könnte. Es



Bürgerinitiative Delligsen in der Hilsmulde e.V.

sei denn, der zuständige neue Minister Gert Lindemann würde das ROV unterbrechen und die Firma TenneT auffordern, diese Autobahntrasse als neue Planung komplett in HGÜ einzureichen. Dann würde der Jubel auch bei den Bürgerinitiativen einsetzen.

Personen auf der Abbildung (v.l.n.r.): Martin Bäumer, Frank Oesterhelweg, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (verdeckt), Clemens Große-Macke, Joachim Stünkel, Dr. Susanne Lorberg, Hans-Georg Wittmann, Heinz-Jürgen Siegel, Guido Franke, Jens Kurdum

Nächste Termine:

- 28.02.2011 Ortsbesichtigung einer SPD-Parlamentariergruppe in Delligsen/Kaierde und Bad Gandersheim/Brunshausen
- 01.03.2011 Tagung der Bürgerinitiativen mit den energiepolitischen Sprechern der Fraktionen im Deutschen Bundestag
- 01.04.2011 öffentliche Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung im Niedersächsischen Landtag

V.i.S.d.P.:

Heinz-Jürgen Siegel

Bürgerinitiative: Delligsen in der Hilsmulde e.V.

1. Vorsitzender

Adresse:

Am Sandbrink 12

31073 Delligsen

Fon: (+49) 05187 4480

Mobil (+49) 0175 4172196

Heinz-J.Siegel@t-online.de

www.bi-hilsmulde.de